

Stadtentwicklung im geteilten Berlin

Die Mauer hat die Stadtentwicklung Berlins in den 28 Jahren ihrer Existenz gravierend beeinflusst. Die räumlichen und baulichen Folgen dieser Zeit der Trennung, ja Deformation einer Großstadt mit einer 800-jährigen Geschichte werden noch lange zu spüren sein. Ein solcher Befund mag überraschen angesichts der Tatsache, dass die Mauer inzwischen nahezu vollständig aus dem Stadtbild verschwunden ist, und angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der die städtischen Quartiere heute wieder von ihren Bewohnern genutzt werden. Aber die Stadtentwicklung ist ein komplexer Vorgang mit langen Vorläufen und Nachwirkungen. Die Mauer war die brutale Konsequenz, die die politische Führung im Ostteil aus dem Separierungsprozess seit 1945 zog, und der 13. August 1961 war nicht voraussetzungslos. Wie bei der seismographischen Beobachtung von Erdbewegungen zeigt auch die Analyse der räumlichen Entwicklung Berlins für die Zeit vor dem Mauerbau, dass die Existenz zweier antagonistischer deutscher Staaten nicht ohne Konsequenzen für die Stadtstruktur der Hauptstadt bleiben konnte. Daher muss die Darstellung der Stadtentwicklung lange vor diesem traumatischen Datum einsetzen.

Obwohl die katastrophalen Kriegszerstörungen – besonders in den innerstädtischen Bezirken – die Stadt und ihre überlebenden Bewohner aufs Schwerste beeinträchtigten und gewaltige Enttrümmerungs- und Aufbauleistungen in den Folgejahren erforderten, wurden sie von den Berliner Stadtplanern und Baufachleuten doch überwiegend als eine große Chance wahrgenommen, an den aus der Kritik an der Mietskasernenstadt des 19. Jahrhunderts entwickelten städtebaulichen Wertbildungen der Moderne wieder anzuknüpfen. „Was blieb, nachdem Bombenangriffe und Endkampf eine *mechanische* Auflockerung vollzogen, gibt uns die Möglichkeit, eine ‚*Stadtlandschaft*‘ zu gestalten.“¹ Der Architekt Hans Scharoun, der dies als Mitglied des Gesamt-Berliner Magistrats schrieb, war auch Leiter des sogenannten Planungskollektivs, das 1946 den sogenannten „Kollektivplan“ vorlegte – sicherlich die radikalste gesamtstädtische Planung dieser Phase. Dieser Plan gliederte das Stadtgebiet in rasterartige Strukturen,

Ich danke Harald Bodenschatz, Dorothee Dubrau, Wulf Eichstädt, Bruno Flierl, Jutta Kalepky, Friedemann Kunst, Annalie Schön, Gerhard Sälter, Heinrich Suhr und Manfred Zache für die intensiven und offenen Gespräche zum Thema dieses Beitrags.

1 Hans Scharoun: Zur Ausstellung „Berlin plant“, in: Neue Bauwelt 1 (1946) 10, S. 3-6, hier S. 3.

die dem Urstromtal der Spree folgten und die Stadt in ihrer Nutzungsstruktur neu ordnen wollten. Die bestehende Stadt wurde nahezu vollständig ignoriert.²

1948 wurde von Karl Bonatz, dem Nachfolger Scharouns als Baudezernent, der sogenannte „Bonatz-Plan“ vorgelegt, der – wenn auch weniger radikal – dem Modell einer neuen, funktional getrennten Stadt mit reduzierter Dichte folgte. Es war zugleich der vorläufig letzte im Auftrag einer Gesamt-Berliner Verwaltung erarbeitete Plan³. Bald kam es zur politischen und administrativen Teilung der Stadt. Diese Spaltung wurde von nun an bestimmend für die bauliche Entwicklung, und in beiden Stadthälften arbeitete man an jeweils eigenen gesamtstädtischen Planungen⁴.

1. Wohnungs- und Städtebau in Ost-Berlin ab 1949

In den beiden Stadthälften ging es nun zunehmend darum, Projekte mit Modellcharakter und praktischer Relevanz für die eigene Bevölkerung zu entwickeln, deren Lage von Wohnungsmangel und Überbelegung geprägt war. Hinzu kam, dass sich die bisher gültigen Prioritäten und gemeinsamen Auffassungen unter den Baufachleuten vor dem Hintergrund einer baupolitischen Grundsatzdebatte verflüchtigten, die 1950 in Ost-Berlin stattfand (das mittlerweile zur Hauptstadt der DDR geworden war). Nachdem eine Delegation von SED-Baupolitikern sich in der Sowjetunion ausführlich mit städtebaulichen Grundsatzfragen im Sozialismus befasst hatte, legte sie als Ergebnis „Die sechzehn Grundsätze des Städtebaus“⁵ vor. Diese im Juli 1950 von der DDR-Regierung beschlossenen Grundsätze und das wenige Monate später erlassene Aufbaugesetz stellten eine Absage an die zentralen Ideen der Moderne, insbesondere an den Begriff „Stadtlandschaft“ und die Vision einer dezentral konzipierten Bandstadt dar. Stattdessen wurden die hierarchische Struktur der existierenden Stadt und die herausgehobene Rolle des Zentrums betont. Der sechste Grundsatz, der den Willen zur Umgestaltung des Zentrums zum politischen Mittelpunkt und zum Ort für Aufmärsche und Volksfeiern beschrieb, diente übrigens als Legitimation für den Abriss des Berliner Schlosses, womit auf Geheiß Ulbrichts im September 1950 begonnen wurde.

Als erstes Projekt zur demonstrativen Umsetzung dieser Grundsätze wählte man die Bebauung an der Frankfurter Allee/Große Frankfurter Straße aus, die seit Ende 1949 den Namen Stalinallee

2 Vgl. Johann Friedrich Geist/ Klaus Kürvers: Das Berliner Mietshaus, Bd. 3: 1945-1989. Eine dokumentarische Geschichte der Ausstellung „Berlin plant/ Erster Bericht“ 1946 und der Versuche, auf den Trümmern der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches ein NEUES BERLIN zu bauen, aus dem dann zwei geworden sind, München 1989.

3 Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: Berliner Pläne 1862-1994, Berlin 2002, S. 22, online unter: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/fnp/pix/historie/Berliner_Plaene_1862_bis_1994.pdf [17.12.2010].

4 Vgl. Jörn Düwel/ Niels Gutschow: Städtebau vom Ersten Weltkrieg bis zu den „Grenzen des Wachstums“ in den frühen siebziger Jahren. 1918-1975, in: Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin e.V. (Hrsg.): Berlin und seine Bauten, Teil I – Städtebau, Berlin 2009, S. 113-345.

5 Dokumentiert in: Geist/Kürvers, Mietshaus, Bd. 3, S. 312-317.

trug.⁶ Anfang 1951 wurde mit Hochdruck ein Wettbewerb für die städtebauliche Gestaltung der Stalinallee ausgeschrieben, mit der eine Straße in einem stark zerstörten Arbeiterbezirk ausgewählt wurde, die von Osten auf den Alexanderplatz und das zerstörte Zentrum hinführte. Die städtebauliche Gestaltung wurde von den fünf Preisträgern unter Einbeziehung des Architekten Hermann Henselmann bis 1952 mehrfach überarbeitet und sogleich in Angriff genommen. Das zum Modellvorhaben des Nationalen Wiederaufbauprogramms erklärte Projekt mit seinen circa 5.000 Wohnungen entlang des 2,3 Kilometer langen Straßenabschnitts wurde bis 1958 im Wesentlichen abgeschlossen und gemäß dem Grundsatz „National in der Form – sozialistisch im Inhalt“ zum Modellprojekt erklärt. Das gerade beschlossene Aufbaugesetz erlaubte es, die vorgefundene Bodenordnung und die Eigentumsverhältnisse vollständig zu ignorieren und einen völlig neuen, zum Teil 80 bis 100 Meter breiten, axialen Stadtraum zu realisieren. Die Absage an den Städtebau der Moderne war eindeutig: ein den Straßenraum symmetrisch einfassendes und zwei Plätze torartig betonendes Projekt sowie eine Architektur in beeindruckender, eher traditioneller Bauweise mit gefliesten Fassaden und klassizistischen Formen wie Säule, Portal und Pilaster.

2. Die West-Berliner Reaktion: Das Hansaviertel

Dieses Großbauvorhaben an der „ersten sozialistischen Straße“ machte auch in West-Berlin Eindruck. Die Pläne zum Wiederaufbau, die sich bis dahin nur in Geschäftsbauten um den Bahnhof Zoo und um die Ruine der Gedächtniskirche materialisiert hatten, wurden ab 1952 in einem Vorzeigeprojekt programmatisch gefasst, das ebenfalls das Wohnen in den Mittelpunkt stellte. In den Vorbereitungen ging es um städtebauliche und architektonische Modelle der „Stadt von morgen“, die sich positiv von der antimodernen Ideologie des „Völkischen Bauens“ und von der Baugestaltung abgrenzen sollten, „die im sowjetischen Sektor Berlins abschreckt“.⁷ Man entschied sich für die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung, die nach einem Wettbewerb 1957 in dem schwer beschädigten, aber erst durch die Nachkriegsabbrisse zur Tabula rasa gewordenen Hansaviertel stattfand. Die Interbau, die unter Beteiligung namhafter internationaler Architekten der Nachkriegsmoderne umgesetzt wurde,⁸ präsentierte eine neue Stadtvorstellung, die über das Licht-Luft-Sonne-Programm der Weimarer Republik deutlich hinausgehen wollte. Ihr Leitbild war die Stadtlandschaft, die Verschmelzung von Stadt und grüner Landschaft in unmittelbarer Nähe zum Großen Tiergarten und zum neuen Zentrum um die Gedächtniskirche.

Trotz der unterschiedlichen eigentumsrechtlichen Situation war das planerische Vorgehen der Interbau dem bei der Stalinallee im Ergebnis nicht unähnlich. Das Ausstellungsgebiet des Hansaviertels wurde vollständig angekauft beziehungsweise enteignet und in radikal geänderten Grund-

6 Vgl. Bruno Flierl, Die Stalinallee in Berlin, in: Ders., Gebaute DDR – Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990-1997, Berlin 1998, S. 12-33.

7 Rede des West-Berliner Senators für Bau- und Wohnungswesen, Karl Mahler, 1952, zit. nach Geist/Kürvers, Mietshaus, Bd. 3, S. 357.

8 Vgl. Gabi Dolff-Bonekämper, Das Hansaviertel. Internationale Nachkriegsmoderne in Berlin, Berlin 1999.

besitz und eine völlig neue Bodenordnung überführt, wobei kein Stein auf dem anderen blieb – auch in der „unterirdischen Stadt“ nicht. Eines zeigte sich jedoch am Hansaviertel sehr deutlich: Während im Ostteil innerhalb von wenigen Jahren ein radikaler Bruch der unmittelbar nach Kriegsende beschworenen Leitbilder vollzogen wurde, hielt man im Westteil unverändert am Leitbild der Stadt der Moderne fest.

3. Zentrumsplanungen in Ost-Berlin und in West-Berlin

Die Auseinandersetzungen um Stalinallee und Hansaviertel waren ein klares Indiz für die sich auch in der Städtebau- und Wohnungspolitik immer deutlicher abzeichnende Systemkonkurrenz. Bei der nächsten Etappe dieses Prozesses, der Gestaltung des eigentlichen politischen Zentrums, die ab 1956 die städtebauliche Debatte in beiden Stadthälften prägte, gelang dem Westteil mit dem Start des Wettbewerbs „Hauptstadt Berlin“ der erste Schritt. Der in enger Kooperation mit dem Bund vorbereitete Wettbewerb hatte die Planung des Regierungsviertels von Berlin als „der eigentlichen und endgültigen Hauptstadt Deutschlands“ sowie der zentralen wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen im Rahmen des „Neuaufbaus der durch den Krieg zerstörten Mitte Berlins“ zum Ziel.⁹ Zu den Vorgaben der Auslobung gehörten umfangreiche Planungsgrundlagen, wie etwa der 1957/58 beschlossene Baunutzungsplan, eine Liste von 88 „Festpunkten“ sowie eine Autobahnplanung, die aus vier Tangenten bestand, welche das historische Zentrum erfassen sollten. Die Tatsache, dass der Bezugsraum im Sinne des Wiedervereinigungsanspruchs sowie der bisherigen Planungen ganz Berlin umfasste, stieß auf zunehmenden Protest in Ost-Berlin. Daher nahmen weder Preisrichter noch Teilnehmer aus der DDR beziehungsweise den Ostblockstaaten teil.¹⁰ Der 1. Preis ging 1958 an Friedrich Spengelin, Fritz Eggeling und Gerd Pempelfort, ein 2. Preis an Hans Scharoun und ein weiterer 2. Preis an Egon Hartmann und Walter Nickerl.¹¹ Sehr schnell wurde jedoch der fundamentale Schwachpunkt des ganzen Verfahrens sichtbar: Die konstitutiven Elemente einer Hauptstadtplanung waren für West-Berlin schlicht nicht verfügbar. Da Bonn die Hauptstadt Westdeutschlands war und Ost-Berlin bei der Zentrumsplanung eigene Wege ging, erwies sich die Hauptstadtplanung als illusionäres Unternehmen, von dem einzig der Umbau des schwer beschädigten Reichstagsgebäudes umgesetzt wurde.

Anders stellten sich die Dinge bei der Zentrumsplanung für Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR dar. Schon 1950 wurden erste Planungen für das historische Zentrum erarbeitet und die Archi-

9 Zit. nach Carola Hein: Die Vorbereitungen des Wettbewerbs „Hauptstadt Berlin“, in: Berlinische Galerie (Hrsg.): Hauptstadt Berlin. Internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb 1957/58, Berlin 1990, S. 41-54, hier S. 48.

10 1956 wurde für das Planungsgebiet Fennpfuhl in Ost-Berlin noch ein Wettbewerb mit Preisrichter- und Teilnehmerbeteiligung aus Ost- und Westdeutschland durchgeführt, bei dem der 1. Preis an den Architekten Ernst May aus Frankfurt a. M. ging.

11 Die Tatsache, dass mit Egon Hartmann ein Architekt den 2. Preis gewann, der auch 1951 beim Wettbewerb Stalinallee zu den 1. Preisträgern gehörte, verdeutlicht die fachliche Nähe vieler der in Ost- und West-Berlin beteiligten Architekten.

tekten Hanns Hopp und Richard Paulick hatten Entwürfe für deren Kernelement, das sogenannte „Regierungshochhaus“ oder „zentrale Gebäude“ vorgelegt. Diese Entwürfe, zu denen Studien zu einem großen Marx-Engels-Denkmal sowie zu einem System von Aufmarschachsen und -plätzen für „nationale Feiern“ gehörten, lösten jedoch Konflikte in der DDR-Führung aus, sodass sich deren weitere Bearbeitung um einige Jahre verzögerte.¹² Erst 1958/59 kam es – als Antwort auf den West-Berliner Hauptstadt-Wettbewerb – zu einem Wettbewerb für das Ost-Berliner Zentrum, der aber nicht zum Durchbruch führte.¹³ Auch ein weiterer interner Wettbewerb zeitigte keine tragfähigen Ergebnisse, wohl aber ein außer Konkurrenz eingereichter Entwurf des mittlerweile zum Chef-Architekten von Ost-Berlin aufgerückten Hermann Henselmann, in dem statt eines Regierungshochhauses ein „Turm der Signale“ als vertikale Dominante des Zentrums vorgeschlagen wurde.¹⁴ Die Debatten und Projekte zur Gestaltung des Ost-Berliner politischen Zentrums zeigten jedoch deutlich, dass Ost-Berlin den politischen Willen und die Potenziale für die Umsetzung dieser Planungen besaß.

4. Die Entwicklung in West-Berlin nach 1961

Obwohl der Bau der Mauer am 13. August 1961 die Teilung der Stadt für jedermann sichtbar zementierte, blieb er in West-Berlin zunächst ohne unmittelbare Auswirkungen auf das Baugeschehen. Denn hier hatte man sich mittlerweile von vielen der meist ohnehin schwer beschädigten innenstadtnahen Gebiete entlang der Sektorengrenze abgewandt. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellte der Neubau des Springer-Hochhauses auf der Jerusalemer Straße direkt an der Mauer dar, der von Axel Springer beschlossen und als eines der wenigen mit privatem Kapital finanzierten Großprojekte 1966 fertiggestellt wurde. Im Mittelpunkt stand jedoch eindeutig die bereits eingeleitete Neugestaltung des Bereichs um den Bahnhof Zoo und die Gedächtniskirche, der spätestens mit dem 1965 eröffneten Europa-Center zum neuen Identifikationsraum der westlichen Teilstadt wurde. Im Übrigen dominierte der unspektakuläre Wohnungsneubau der Nachkriegsmoderne in Baulücken und auf freigeräumten Flächen.

Doch nach und nach machte der Mauerbau die räumliche Isolation West-Berlins deutlich und verstärkte die beunruhigende Entwicklung des Einwohnerrückgangs.¹⁵ Auf diese Bedrohung reagierte der West-Berliner Senat mit einer Doppelstrategie. Er startete ein Programm für den Neubau von Großwohnsiedlungen an der West-Berliner Peripherie, zu dem das Falkenhagener Feld, die Gropiusstadt und das Märkische Viertel mit zusammen etwa 45.000 Wohnungen gehörte. Parallel wurde vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt 1963 ein erstes Stadterneu-

12 Vgl. Düwel/Gutschow, Städtebau, S. 207.

13 Vgl. Friedrich Bergmann: Zur Bauplanung Stadtzentrum Berlin – Hochhaus oder Turm?, in: Deutsche Architektur 8 (1959), S. 13-24.

14 Vgl. Dorothea Tscheschner: Der Wiederaufbau des historischen Zentrums in Ost-Berlin, in: Berlinische Galerie (Hrsg.), Hauptstadt Berlin – Internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb 1957/58, Berlin 1990, S. 217-248.

15 Vgl. Berliner Mauer – Gedenkstätte und Dokumentationszentrum (Hrsg.): Die Berliner Mauer. Ausstellungskatalog Dokumentationszentrum Berliner Mauer, Dresden 2002, S. 86 f.

erungsprogramm für sechs innerstädtische Altbaugebiete in den Bezirken Tiergarten, Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Charlottenburg und Wedding initiiert. Unter dem Begriff Stadterneuerung beziehungsweise -sanierung war allerdings ein vollständiger Abriss der gesamten Altbausubstanz und eine komplette Neustruktur der Bebauung zu verstehen – wieder in der Linie einer Moderne, die alle vormodernen Bauten und insbesondere den Typus des Berliner Miethauses des 19. Jahrhunderts als veraltet, ästhetisch verunglückt und sozialfeindlich denunzierte.¹⁶ Vorrangig wurde dieses Programm im Sanierungsgebiet Wedding-Brunnenstraße umgesetzt, das wegen seines wohnungspolitisch besonders schlechten Rufs und seiner exponierten, auf drei Seiten von der Mauer umgebenen Lage besonders hohe Priorität besaß.¹⁷ Das hierfür nach einem konkurrierenden Verfahren unter elf Städtebau-Lehrstühlen ausgewählte Modell-Konzept von Fritz Eggeling wurde in der Folgezeit zwar mehrfach zugunsten einer partiellen Berücksichtigung des Baubestands überarbeitet, aber nach großflächigem Abriss bis Anfang der achtziger Jahre dennoch umgesetzt.

In dem 1965 beschlossenen West-Berliner Flächennutzungsplan wurden alle diese Stränge zu einem übergreifenden Plan zusammengefügt, der zwar wiederum nur für die westliche Teilstadt gültig war, der aber doch noch zwei gesamtstädtische Komponenten enthielt: Zum einen das System der innerstädtischen Tangenten und des Innenstadtrings der Stadtautobahnen (das auch für Ost-Berlin dargestellt wurde), zum anderen ein zentrales, vier Kilometer langes „Kulturband“ oder „Cityband“, das die Alte Mitte um Museumsinsel und Unter den Linden mit dem Neuen Westen um den Bahnhof Zoo verbinden sollte. Mit diesem Cityband wurde die Kontinuität zur Vision von 1946 hergestellt und die Vision einer wiedervereinigten Stadt aufrechterhalten. 1963 entschied der West-Berliner Senat in einer Kehrtwende, den Neubau der Philharmonie nicht am vorgesehenen Standort in der Nähe des Kurfürstendamms, sondern als ersten Baustein eines großen Kulturforums (und damit des Citybandes) im zerstörten Tiergartenviertel dicht neben Mauer und Potsdamer Platz zu realisieren. Architekt der Philharmonie und des Kulturforums war Hans Scharoun, der Verfasser des Kollektivplans von 1946 und 2. Preisträger des Hauptstadt-Wettbewerbs von 1957. Diese Entscheidung, deren Umsetzung sich in Gestalt des Neubaus der Staatsbibliothek, der weiteren Museen sowie der Neuen Nationalgalerie bis 1979 hinzog, blieb für lange Jahre der einzige Beitrag zur Umsetzung des Citybands.

5. Planen und Bauen gegen die Stadt

Ab 1970 wurde immer deutlicher, dass die in West-Berlin verfügbaren Möglichkeiten bei Weitem nicht ausreichten, um das Urbanitätsversprechen des Citybandes umzusetzen. Alle Versuche, konsistente Folgeprojekte zu entwickeln, scheiterten. Schlimmer noch: Die den Baubestand nicht respektierende, stadtzerstörerische Grundhaltung dieser Konzeption, insbesondere der auto-

16 Vgl. Harald Bodenschatz: Platz frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietskaserne der Welt“ seit 1871, Berlin 1987, S. 171 ff.

17 Vgl. Geist/ Kürvers, Mietshaus, Bd. 3, S. 582.

fixierten Autobahnplanung mit den dazugehörenden Zubringern und Straßendurchbrüchen, wurde immer sichtbarer. Im Vorgriff auf diese Planung entstanden gigantische Leerflächen und Stadtbrachen, vorzugsweise in den ohnehin vernachlässigten Bereichen entlang der Mauer.

Die in den Altbauquartieren mit großem Aufwand in Gang gesetzte Sanierungsmaschinerie verwandelte vor allem weite Teile von Kreuzberg und Wedding für mehrere Jahre in entvölkerte, dem städtischen Leben entzogene Abrisszonen. Schon die Planungsankündigung veränderte die Sozialstruktur dieser Gebiete zum Negativen. Die sozialen Missstände, die man dort beseitigen wollte, wurden umso schlimmer, je näher die „Freimachung“ und der Abriss, auch von wertvoller Bausubstanz, rückten. Ab 1975 spitzte sich die Lage in den West-Berliner Innenstadtquartieren immer mehr zu, als sich der Protest der angestammten Wohnbevölkerung mit den neuen sozialen Bewegungen verband und zu einem grundsätzlichen Kurswechsel der Stadtpolitik führte.

6. Die Mauer und die Zerstörung der Stadt

Der Bau der Mauer hatte für die betroffenen Gebiete in Ost-Berlin erhebliche bauliche Folgen. Alle an die Sektorengrenze stoßenden Wohnbauten wurden sukzessive geräumt und anschließend unbewohnbar gemacht, meist indem man die Fenster und Türen zumauerte. Dies hatte besonders dort fatale Wirkung, wo die Mauer innerstädtische Wohngebiete durchschnitt. Neben der Bernauer Straße, die ein dichtes Arbeiterquartier durchquerte, galt dies vor allem für das ähnlich strukturierte Quartier entlang der Harzer und der Heidelberger Straße zwischen den Bezirken Neukölln und Treptow sowie für einige Abschnitte zwischen Kreuzberg und Mitte. Im übrigen innerstädtischen Verlauf teilte die Mauer zumeist Geschäfts- und Verwaltungsbereiche sowie Verkehrsanlagen, Parks, Kleingärten und Wasserräume.

Ab 1965 wurde die Grenzmauer der ersten Ausbaustufe durch eine Konstruktion aus vorgefertigten Betonplatten und Stahlbetonpfeilern ersetzt und durch weitere, bislang nur provisorisch errichtete Elemente, vor allem einen tiefer ins Ost-Berliner Stadtgebiet hinein verlagerten Zaun, ergänzt. Er wurde später zur sogenannten „Hinterlandmauer“ ausgebaut.¹⁸ Diese Ausdehnung der Grenzanlagen und die homogene Ausführung des Grenzstreifens führten zu einer rapiden Zunahme von Abrissen solcher Bauten, die die Kontrolle der Grenzanlagen durch die Grenztruppen erschwerten.¹⁹ Entlang der 1,3 Kilometer langen Bernauer Straße wurden in diesem Zeitraum nicht weniger als etwa 50 Mietshäuser mit über 1.000 Wohnungen abgerissen. Ihre maximale Ausdehnung erhielten die Grenzanlagen seit Mitte der siebziger Jahre mit dem Bau der sogenannten „Grenzmauer 75“, die mit einem weiteren Ausbau der übrigen Grenzelemente verbunden war. Die Tiefe des Grenzstreifens betrug nun in der Regel 50 Meter, wuchs in einigen Abschnitten je nach örtlicher Situation aber auf 250 Meter an.

18 Siehe den Beitrag von Gerhard Sälter in Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 122-137.

19 Siehe den Beitrag von Winfried Heinemann in Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 138-151.

Allein die innerstädtischen Grenzanlagen entlang der 43,7 Kilometer langen Grenze zwischen Ost- und West-Berlin nahmen 1989 eine Fläche von 330 Hektar ein. In diesem Abschnitt wurden neben den fünfgeschossigen Mietshäusern hunderte von Ein- und Zweifamilienhäusern, Kleingartenanlagen, 86 Straßen, sechs Straßenbrücken, mindestens 15 Parks und Friedhöfe und zahlreiche Landwirtschaftsflächen unbenutzbar gemacht, zerstört oder vollständig beseitigt beziehungsweise durch Grenzanlagen bebaut oder in die Brachflächen des Grenzstreifens verwandelt.²⁰ Hinzu kam die Blockade von vier Eisenbahnlinien, fünf S-Bahn- und zwei U-Bahn-Linien, fünf Wasserstraßen sowie von den Versorgungsnetzen der „unterirdischen Stadt“, also der Wasser-, Abwasser-, Gas- und Stromversorgung. Darin nicht eingeschlossen ist die Devastierung der riesigen Flächen des 112,7 Kilometer langen Außenrings der Grenzanlagen zwischen West-Berlin und dem Umland, die überwiegend durch Naturraum, in Teilen aber auch durch bebaute Gebiete führten.²¹ Erst durch diese Ausbaumaßnahmen wurde die Mauer von einer scharfen Trennlinie im städtischen Leben zu einer nachhaltigen Zerstörung der Stadt in großem Maßstab.

7. Der Kurswechsel in der Baupolitik Ost-Berlins

Ausgelöst durch den Wechsel in der sowjetischen Führung, kam es ab 1956 in Ost-Berlin zu einer kritischen Auseinandersetzung über die Bauten in der Stalinallee, die sich bald zu einer grundsätzlichen Debatte über Effizienz im Wohnungsbau und über Wege zur Industrialisierung und Standardisierung des gesamten Bauwesens entwickelte. Da man die Baukosten pro Wohnung deutlich senken und zugleich die Wohnungsbauproduktion steigern wollte, wurde das gesamte staatliche Bauwesen der DDR neu organisiert. Nach ausgiebiger Erprobung wurde Anfang der sechziger Jahre die Grundsatzentscheidung für die industrielle Produktion des Wohnungsbaus in Großtafelbauweise gefällt – sowohl in der Bauweise als auch in der Ästhetik eine Wiedernäherung an den noch zehn Jahre zuvor als kapitalistisch verurteilten Leitgedanken des Bauens der Moderne.

Von 1960 bis 1965 wurde das Wohngebiet zwischen Strausberger Platz und Alexanderplatz nach diesen neuen Vorgaben errichtet. 1970 entschied man, Wohnungsneubau grundsätzlich nur noch in industrieller Großtafelbauweise an der Peripherie durchzuführen. Gemäß diesen Vorgaben entstanden die großen Wohnungsneubaugebiete des sogenannten komplexen Wohnungsbaus in Marzahn, in Hellersdorf und in Hohenschönhausen mit insgesamt ungefähr 125.000 Wohnungen.

Ungeachtet der wohnungspolitisch beachtenswerten Ergebnisse und des teilweise hohen technologischen Standards hatte diese Entscheidung für die innerstädtischen Altbauquartiere gravierende Konsequenzen. Für weite Teile der Altbausubstanz Ost-Berlins war damit das

20 Vgl. Manfred Zache: Stadtplanerische Dokumentation zum ehemaligen Grenzstreifen der Mauer in Berlin, Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin 2000.

21 Vgl. Hans-Hermann Hertle: Die Berliner Mauer. Monument des Kalten Krieges, Berlin 2007, S. 18.

Abrissurteil gefällt. Diesen Gebieten wurden fortan nicht nur die finanziellen Ressourcen, sondern auch das Fachwissen für die Bauunterhaltung entzogen. Allein die Trägheit der Abrissmaschinerie verhinderte, dass es zu noch mehr Vernichtung von Bausubstanz kam. Stattdessen wurden Instandhaltungsdefizite, Substandards und ein Leben im Provisorium zur alltäglichen Realität für die Bewohner.

Eine ab 1970 eingeleitete Überprüfung dieses wohnungspolitischen Kurses ergab, dass der Zuwachs an so erstellten Neubauwohnungen langfristig immer noch zu niedrig sein würde. So entschied man sich zur Durchführung von Modellbauvorhaben der Altbauerneuerung in zwei sogenannten „Rekonstruktionsgebieten“ am Arnimplatz in Pankow und am Arkonaplatz in Mitte.²² Die Resultate zeigten, dass Ost-Berliner Planern die bau- und sozialpolitischen Konsequenzen sowie die baukulturellen Defizite einer großflächigen Preisgabe des Altbaubestands ebenfalls bewusst waren.²³ Fehlende Ressourcen und die Schwerfälligkeit des Bauapparats verhinderten jedoch eine breitere Anwendung dieser Erfahrungen. Auch die in den achtziger Jahren realisierten Versuche, die Großtafelbauweise für innerstädtische Lagen anpassungsfähiger zu machen und qualitativ aufzuwerten, blieben Stückwerk.

8. Der Aufbau des Ost-Berliner Zentrums

Die ab 1960 in Gang gesetzte Umgestaltung der Berliner Altstadt zum Zentrum der DDR-Hauptstadt folgte einer großzügigen bandartigen Konzeption entlang von zwei annähernd parallel verlaufenden Verkehrsachsen, der Leipziger Straße und der Trasse Unter den Linden. Diese Konzeption ging, gemäß des nun gültigen politischen Ziels der „schnelle[n] Entwicklung der Produktivkräfte, die zur Erreichung und Mitbestimmung des Weltniveaus auch auf dem Gebiet des Bauwesens führen muss“,²⁴ von einer Massenmotorisierung aus. Daher wurde ein überdimensioniertes Netz von teilweise zwölfspurigen Verkehrsstrassen und Kreuzungsbauwerken realisiert, mit dem der im Wesentlichen erhaltene Stadtgrundriss von Alt-Berlin schwerstens beschädigt und wertvolle Altbausubstanz unwiderruflich zerstört wurde, darunter der gesamte Stadtkern des mittelalterlichen Cölln.

Die bauliche Umsetzung des Nutzungsprogramms für das Zentrum begann mit dem Staatsratsgebäude (1962) und dem Außenministerium (1964) westlich der Spreeinsel. 1965 kam es überraschend zu der Entscheidung, die über 15 Jahre verfolgte Konzeption einer Höhendominante für das Zentrum nicht in Form eines Regierungshochhauses, sondern durch den Bau des bis 1969 westlich des Alexanderplatzes errichteten Fernsehturms zu realisieren. Damit wurde der Zentrumsbereich durch einen großen Freiraum erweitert, nach Osten markiert und der Alexanderplatz als Gelenk zwischen dem Zentrumsband und den sternförmig von Osten auf ihn

22 Vgl. Manfred Zache: Modernisierungsgebiet Arnimplatz im Stadtbezirk Prenzlauer Berg, in: Deutsche Architektur 22 (1973), S. 354-357 und Düwel/ Gutschow, Städtebau, S. 294 f.

23 Vgl. Hans Stimmann: Stadterneuerung in Ost-Berlin, Berlin 1985, S. 11 ff.

24 Deutsche Bauakademie (Hrsg.), Probleme des Städtebaus und der Architektur im Siebenjahrplan, Berlin 1960, zit. nach Düwel/Gutschow, Städtebau, S. 214.

zulaufenden Magistralen vor allem der früheren Stalinallee und nachmaligen Karl-Marx-beziehungsweise Frankfurter Allee ausgebildet.²⁵

Eine weitere bemerkenswerte Grundsatzentscheidung wurde nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker gefällt. Sie betraf die offene Ostflanke des Regierungszentrums auf der Spreeinsel. Hier wurde auf dem Areal des abgerissenen Schlosses 1972 mit dem Bau eines horizontal gelagerten großen Mehrzweckgebäudes, dem Palast der Republik, begonnen. Der vier Jahre später fertiggestellte Bau enthielt mit seiner an die Volkshaus-Konzepte der Moderne anknüpfenden Nutzungsmischung beachtliche kernstädtische Qualitäten, obwohl seine die SED-Diktatur legitimierende Funktion nicht übersehen werden kann.

Mit der Realisierung aller dieser Elemente wurde deutlich, dass Ost-Berlin durchaus zur Gestaltung eines hauptstädtischen Zentrums in der Lage war, dass sich dieses Zentrum stadträumlich aber insbesondere durch den Riegel des Außenministeriums nach Westen abgrenzte. Die westlichen Teile der Linden, der Friedrich- und der Dorotheenstadt entlang der Mauer spielten in dieser Zentrumsinterpretation – anders als noch in den fünfziger Jahren geplant – nur noch eine untergeordnete Rolle. Sie verkamen in einigen Abschnitten zu einer vorstadtartigen Zone für abgeschirmte Botschaften und Verwaltungsbauten. Dass dieses Zentrum aber auch Wohnen in gewissem Umfang einschloss, machten die Wohnhochhäuser an der Leipziger Straße, auf der Fischerinsel sowie die historisierenden Wohnbauten des Nikolaiviertels und schließlich auch die Wohnbauten im ehemaligen Regierungsviertel an der Wilhelmstraße sichtbar.

Der Generalbebauungsplan für Ost-Berlin von 1989 stellte dann sowohl die innerstädtischen, durch den Ausbau des Regierungszentrums geprägten Planungen wie auch die großen Wohnungsneubaugebiete an der Peripherie dar.²⁶ Er machte deutlich, dass die Stadtentwicklung Ost-Berlins anders als die West-Berlins bis 1989 durch ein ungebrochen extensives Flächenwachstum und einen deutlichen Einwohnerzuwachs geprägt war.

9. West-Berlin: Die Innenstadt als Wohnort

In der Stadtentwicklungspolitik West-Berlins dagegen vollzog sich ab 1978 eine radikale Wende. In einem mehrstufigen, von erregten Debatten und politischen Krisen geprägten Prozess wurden die großen Erweiterungsprojekte der siebziger Jahre an der Peripherie gestoppt, die Autobahnplanungen für die Innenstadt aufgegeben und das Ende der Kahlschlag-Sanierung in den innerstädtischen Altbaugebieten vor allem Kreuzbergs eingeleitet. Der Auftrag zur modellhaften „Rettung der kaputten Stadt“ wurde vom SPD-Bausenator Harry Ristock und dem Senatsbaudirektor Hans Christian Müller initiiert und durch den Parlamentsbeschluss zur Durchführung einer Internationalen Bauausstellung (IBA 1987) politisch vorbereitet. Die finanzielle Absicherung der IBA geschah mit für damalige Verhältnisse üppigen Bundesgeldern und war mit

25 Harald Bodenschatz/Hans-Joachim Engstfeld/Carsten Seifert, Berlin auf der Suche nach dem verlorenen Zentrum, Hamburg 1995, S. 101 ff.

26 Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Pläne, S. 43 ff.

einer Umschichtung der Wohnungsbausubventionen zugunsten der Innenstadt verbunden, wo die Demonstrationsgebiete der IBA lagen. Dies war nur gegen den anhaltenden Widerstand des etablierten West-Berliner Wohnungsbaukartells, partiell auch der eigenen Verwaltung durchsetzbar, kostete Ristock das Amt und führte schließlich dazu, dass die SPD aus der Stadtregierung katapultiert wurde.

Die Exekution des 1979 erteilten Auftrags wurde in weiser Voraussicht jedoch einer eigens für die IBA gebildeten Planungsgesellschaft auf Zeit übertragen, der Bauausstellung Berlin GmbH, die sich zeitweise als baupolitisches Korrektiv einer konzeptionslosen Stadtregierung verstand. In den ihr quasi als Konkursmasse übertragenen Demonstrationsgebieten der Bezirke Kreuzberg und Tiergarten entwickelte die IBA unter ihren Protagonisten, den Architekten Hardt-Waltherr Hämer und Josef Paul Kleihues, das Programm für die „Innenstadt als Wohnort“ und für deren „kritische Rekonstruktion“.²⁷ Dieses Programm war quantitativ nicht sehr umfangreich. Aber in seiner aus der Analyse des Baubestands abgeleiteten Programmatik und in den Schritt für Schritt am jeweiligen Projekt entwickelten Methoden der substanzerhaltenden Erneuerung etablierte es eine Baukultur der Wiederaneignung der vorhandenen Stadt sowie der Rehabilitation und Umnutzung des Baubestands, die weit über West-Berlin hinaus Bedeutung erlangte.

Mit der IBA wurde die polyzentrische Struktur der Stadt wieder zur Grundlage der Stadtentwicklung. Die Erbmasse des Leitmodells der fordistischen Stadt der Arbeitsteilung und der Funktionstrennung, nämlich die Flächen des sogenannten „Citybands“ und die zum Abriss freigegebenen Blöcke der verhassten Mietskasernenstadt des 19. Jahrhunderts, wurden aus ihrer jahrzehntelangen Entwertungsperspektive gelöst und zum Ausgangspunkt der Nutzungs- und Gestaltüberlegungen gemacht. An der Entwicklung des IBA-Programms war praktisch die gesamte internationale Architektenelite der achtziger Jahre beteiligt – ein ideeller Quantensprung von immensem Ertrag, der West-Berlin wieder in die internationale Avantgarde zurückbrachte und aus dem wenige Jahre später die wiedervereinigte Gesamtstadt noch reichen kulturellen Gewinn zog.

Parallel hierzu kam es auch zu einer Neufassung der Gesamtplanung für West-Berlin in Gestalt des Flächennutzungsplans von 1984. Mit dessen Planungsleitbild wurde, beinahe 40 Jahre nach Spaltung der Stadt, die Vision eines West und Ost verbindenden Citybands aufgegeben und die Entwicklung von zwei Stadthälften mit eigenen Zentrumsbereichen zugrunde gelegt. Der neue Flächennutzungsplan verzichtete explizit auf Planungsaussagen für den Ostteil Berlins und legte das Modell einer funktional gegliederten und autogerechten Stadt endgültig ad acta. Stattdessen präziserte er das Konzept einer umweltschonenden und am Bestand orientierten Stadtentwicklung – ein Paradigmenwechsel hin zur Rehabilitation der existierenden Stadt, der für das wiedervereinigte Berlin bis heute im Wesentlichen gültig geblieben ist.

Mit dieser Wende war übrigens auch ein radikaler Wandel des Planungsverständnisses in West-Berlin verbunden. Das hierarchische Planungssystem, in dem die einzelnen Planungsebenen

27 Vgl. Internationale Bauausstellung Berlin 1987 – Projektübersicht, 2. Aufl., Berlin 1990.

deduktiv abgeleitet und umgesetzt wurden und Sonderplanungen wie die Verkehrsplanung von vornherein mit Vorrang versehen waren, wick endgültig einem interaktiven, die einzelnen Planungsebenen nach dem Gegenstromprinzip verbindenden Planungsverständnis. Neben der räumlich-baulichen Planung der Verwaltung fanden darin auch die Sozialplanung, die Advokatenplanung von Bürgern, die gleichrangige Behandlung von Alternativen und die informelle Planung Berücksichtigung. In Ost-Berlin dagegen blieben Stadt- und Bauplanung bis zum Untergang der DDR ein hermetisch geschlossenes System, das exklusiv einem kleinen Kreis von Spezialisten vorbehalten blieb und oft mit Geheimhaltungsaufgaben versehen war. Öffentlichkeit war dann vorgesehen, wenn es um Erfolge und den bevorstehenden Vollzug ging, und Kontroversen wurden als Betriebsunfall angesehen. Zu Brüchen und Kursänderungen kam es in der Regel nur dann, wenn ökonomische Zwänge oder politische Direktiven sie unumgänglich machten.

10. Resümee

Es war im Rahmen dieses Beitrags nicht möglich, eine erschöpfende Darstellung der Stadtentwicklung Berlins in der Zeit der Teilung vorzulegen, wohl aber zu einigen Schlussfolgerungen für die Entwicklung des wiedervereinigten Berlins zu kommen. Das bandförmige Stadtmodell der Moderne, das trotz der divergierenden politischen Vorzeichen für die räumliche Entwicklung in beiden Teilstädten, speziell für die Innenstadt, eine wesentliche Rolle gespielt hat, hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Statt der Auflösung der Mitte ist in der Zeit der Teilung das bestehende polyzentrische Grundgerüst der Stadt gestärkt und durch eine bipolare Struktur der Hauptzentren erweitert worden. Auch im Städtebau der beiden Stadthälften zeigt sich der doppeldeutige Charakter der Moderne. Auf der einen Seite sind in deren Namen schwere Beschädigungen des Stadtgrundrisses und bedeutende Verluste an wertvollster Bausubstanz vor allem im historischen Zentrum zu verzeichnen. Auf der anderen Seite hat die Moderne die Architekten und Städtebauer zur Schaffung architektonischer Ensembles und Baubeziehungsweise Raumtypologien inspiriert, deren Qualitäten gerade unter dem Aspekt der nachhaltigen Stadtentwicklung zu bewahren sind.

Der bestehende Stadtgrundriss mit seinen Mischnutzungen hat sich auch in Bezug auf die Auswirkungen der Teilung und des Mauerbaus als erstaunlich robust und enorm anpassungsfähig erwiesen. Wesentliche Richtungsänderungen der Stadtentwicklung wurden in beiden Stadthälften durch Wohnungsbauprojekte vollzogen und mit staatlichen Geldern finanziert – im Ostteil durch die staatliche Wohnungsbaubauindustrie, im Westteil durch den subventionierten Wohnungsbau. Die Gestaltung der durch Krieg, Teilung und Mauer entstandenen Brüche und Freiräume vor allem in der inneren Stadt ist weit mehr als eine bloße Reparaturaufgabe. Vielmehr stellt sie eine großartige Chance dar, die aus dem Bestand heraus entwickelten Qualitäten zu einem unverwechselbaren Credo der Umnutzung, der Neuaneignung und des Weiterbaus zu machen. Berlin hat die Chance zur Kultivierung dieser Brüche – und kommt so „ungeplant“ zu einem Leitbild, das eine erhebliche Faszination zu haben scheint.